

2. Juli 2014

## Christine Lieberknecht hat genug von Jürgen Gnauck

**Erfurt**. An der Kabinettssitzung Dienstagmorgen hat Jürgen Gnauck noch einmal teilgenommen – wenigstens physisch. Denn an den Debatten über den Tisch hinweg habe sich der Chef der Staats-

kanzlei gar nicht mehr richtig beteiligt, berichtete am Dienstag ein Teilnehmer der Sitzung.



Zur Plenarsitzung im Thüringer Landtag schien zwischen Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) und Thüringens Staatskanzleichef Jürgen Gnauck noch kein Blatt Papier zu passen. Foto: Sascha Fromm

Kommunalfinanzen standen auf der Tagesordnung. Ebenso wie das weitere Vorgehen der Landesregierung beim Thema Kalifusion. Eigentlich ein Gnauck-Thema. Doch diesmal blieb der Chef der Staatskanzlei - bis zur vergangenen Woche galt er noch als ein Wortführer am Kabinettstisch – auffallend still. "Meistens saß er, zurückgelehnt in seinem Stuhl, einfach nur da und hörte zu", hieß es. Gegen 11.30 Uhr ging die Ministerrunde nichts ahnend auseinander. "Er ist ohne Abschied gegangen", berichtete Justizminister Holger Poppenhäger , zurück an seinem Dienstsitz, seinen Abteilungsleitern. Kurz zuvor hatte die Staatskanzlei die SPD-Seite am Kabinettstisch telefonisch über Gnaucks Demission in Kenntnis gesetzt.

Über seinen Entschluss, die Brocken hinzuschmeißen, informierte Gnauck seine unmittelbare Dienstvorgesetzte Lieberknecht angeblich erst unmittelbar nach der Kabinettssitzung im Vier-Augen-Gespräch. Es wäre ein überraschender Rückzug. Denn noch am Freitag hatte der streitbare Jurist und Ex-Manager genau dieses kategorisch ausgeschlossen. Solange ihn die Ministerpräsidentin stütze, werde er durchhalten, gab er sich betont kämpferisch. Doch dann die Kehrtwende? "Er hat mir den Rücktritt angeboten. Ich habe ihn angenommen", stellte es Lieberknecht am Dienstag in der Landesmedienkonferenz dar, die sich jede Woche der Kabinettssitzung anschließt. Hinter ihr spannt sich eine blaue Leinwand mit Wappen und Thüringen-Schriftzug. Vor ihr auf dem Stehpult lässt sie ein Glas Mineralwasser unbeachtet. Regierungssprecher Eckardt Hahn erteilt Wortmeldungen an die fragenden Journalisten. "Ich danke ihm für seinen Rückzug. Ich bedauere den Verlust. Gnauck ist ein exzellenter Verwaltungsfachmann. Er hat wertvolle und wichtige Arbeit für Thüringen geleistet." Lieberknecht sagte das, was man eben so sagt, wenn man einem Mitarbeiter, der längst zu einer Belastung geworden ist, einen ehrenvollen Abschied ermöglichen möchte.

Doch Thüringens Regierungschefin stellte ebenso fest: "Ich möchte nicht jede Woche über die Bezahlung von Sekretärinnen, über Briefköpfe und all dieses Zeugs reden. Meine Aufgabe ist es Thüringen, voranzubringen." Tatsächlich ist es am Ende einer monatelangen Entwicklung Gnauck gewesen, der von seiner Chefin vor vollendete Tatsachen gestellt worden war. "Sie hat die Reißleine gezogen", heißt es aus Lieberknechts engem Umfeld. Konsequent sein, auch wenn ihr eine schwierige Entscheidung abverlangt werde, das zeichne Lieberknecht aus.

## Partei wertet Rückzug Gnaucks als Befreiung

Ähnlich auch Bauminister Christian Carius (CDU): "Lieberknecht bereinigt damit eine Angriffsfläche", stellte er am Dienstag fest. Mit dieser Entscheidung setze die Ministerpräsidentin ein richtiges Signal. "Jetzt können wir wieder über inhaltliche Probleme sprechen." Kein Wort von Gnaucks freiwilligem Rückzug. Ihre Entscheidung hat sich Lieberknecht über das Wochenende hinweg gründlich überlegt. Besprochen hatte sie die Option in den vergangenen Wochen mit ihren engsten Vertrauten immer mal wieder. Doch nach den Meldungen der vergangenen Woche musste sie handeln. Die Staatsanwaltschaft Erfurt hatte im Rahmen ihres Ermittlungsverfahrens gegen Gnauck die Thüringer Energie AG durchsucht. Die Beamten waren auf der Suche nach Beweisen, die den Untreue-Verdacht gegen ihren engsten Vertrauten in der Regierungsstraße in der sogenannten Sekretariatsaffäre belegen könnten.

Seit Wochen stand Gnauck in der Kritik, weil er sich seine Sekretärin, die ihn rund zwei Jahrzehnten durch dessen berufliche Stationen begleitet hatte, von dem inzwischen kommunalisierten Stromkonzern kostenpflichtig ausgeliehen hatte.

Aus Mühlhausen meldete sich ebenfalls in der vergangenen Woche der Rechtsanwalt Carsten Oehlmann zu Wort. Er warf Gnauck vor, auf Briefköpfen seiner Rechtsanwaltskanzlei in unzulässiger Weise auf sein Ministeramt hinzuweisen. Und schließlich hatte CDU-Landesvize Thomas Fügmann intern den Rückzug Gnaucks gefordert. Dabei wurde er von mehreren Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden unterstützt. Erste Unionsleute drohten bereits halblaut, man müsse doch einmal herausfinden, wie hoch die Abfindung Gnaucks bei dessen Rückzug aus dem letzten Arbeitsverhältnis, dem Vorstand der Thüringer Energie AG, gewesen sei. Diese angeblich sehr hohe Summe ist bis heute nicht öffentlich geworden. Unter normalen Bedingungen geht sie auch nur Jürgen Gnauck und seinen Ex-Arbeitgeber etwas an.

## Katastrophale Kommunikationsfehler

Doch offenbar musste Lieberknecht fürchten, sich zusätzlich zu den verschiedenen Affären Gnaucks noch eine Neiddebatte in die Staatskanzlei hinein zu holen. Und damit in den beginnenden Landtagswahlkampf. Schließlich sind die Verhältnisse in der Regierungsstraße seit dem Einzug von Jürgen Gnauck in das Ministerbüro schon kompliziert genug geworden. Gnauck gilt nicht nur als fähiger Jurist, sondern auch als jemand, der sich dessen stets bewusst ist - und es andere spüren lässt. Mitarbeiterführung in einer Verwaltung scheint offensichtlich seine Stärke nicht zu sein. Immer wieder und gleich von verschiedener Seite verließen während der vergangenen Monate Indiskretionen über das Benehmen und Betragen des Ministers gegenüber der Arbeitsebene die Staatskanzlei, häufig genug auch von christdemokratischer Seite.

Hinzu kommt: Drei von vier Abteilungen arbeiten zum Teil schon seit Monaten ohne Leitung. Zu anderen wichtigen Mitarbeitern soll Gnauck zuletzt den Kontakt faktisch abgebrochen haben, dazu gehörte etwa Regierungssprecher Hahn. Immer öfter waren die beiden Christdemokraten zuletzt aneinander geraten, ob, wie und in welcher Form Medienanfragen zu Gnaucks vermeintlichen Nebenjobs und möglichen Verfehlungen zu beantworten seien. "Die reden so gut wie nicht mehr miteinander," hieß es in der vergangenen Woche.

Mehrfach soll ihn Gnauck einfach angewiesen haben, was oder was eben nicht auf Presseanfragen zu antworten sei - womit sich nicht selten und ohne Not die verschiedenen Affären verschärften.

So schaffte es etwa die Staatskanzlei über einen Zeitraum von fast zwei Wochen hinweg nicht, die Berechnungen nachvollziehbar zu dementieren, wonach die Staatskanzlei für Gnaucks Sekretärin monatlich mehr als 10.000 Euro bezahle. Gnauck führte für seine Weigerung grundsätzlich juristische Bedenken ins Feld. Erst Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) legte schließlich dem zuständigen Landtagsausschuss nachvollziehbar dar, dass Gnaucks Vorzimmerkraft nicht einmal auf die Hälfte des unterstellten Gehalts gekommen sei. Doch da war das sprichwörtliche Kind schon längst im Brunnen der öffentlichen Meinung ertrunken. Die katastrophalen Kommunikationsfehler in diesem Punkt hätten Lieberknecht erstmals ernsthaft zweifeln lassen, ob sie an ihrem Vertrauten noch bis zur Landtagswahl festhalten könne, hieß es am Dienstag.

Doch die Zeit drängt. Ab Mittwoch sind es nur noch 76 Tage bis zur Landtagswahl. Das ist traditionell die Zeit, in der die Regierungsarbeit in einer Staatskanzlei allmählich gegen Null fährt. Die Rolle der Ministerpräsidentin als Kopf, Herz und Ziel der Unionskampagne für die Landtagswahl tritt immer mehr in den Vordergrund. Und die Planung der Landespartei für diese Zeit sollte anders aussehen, als sich zu "all diesem Zeug" zu erklären. " Christine Lieberknecht will wieder über die wichtigen Themen des Landes sprechen. Jobs für die Menschen, gute Bildung für die Jugend und einen starken ländlichen Raum", sagte CDU-Generalsekretär Mario Voigt .

## **Gnaucks Aufstieg und Fall**

- **24. September 2013:** Ministerpräsidentin <u>Christine Lieberknecht</u> (CDU) holt Jürgen Gnauck (CDU) als Chef der Staatskanzlei zurück.
- 1. Oktober 2013: Der künftige Staatskanzleichef Jürgen Gnauck (CDU) klagt gegen seinen neuen Arbeitgeber. Dabei soll es um Kosten gehen, die vor Jahren durch medizinische Behandlung entstanden sind.
- **16. Oktober 2013:** Vereidigung Kurz vor Beginn der Zeremonie verlässt die Linke-Fraktion geschlossen das Plenum.
- 16. Oktober 2013: Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Untreue.
- 10. Dezember 2013: Innerhalb weniger Stunden nimmt Gnauck seinen Antrag auf Mitgliedschaft der Beraterfirma Symbion AG zurück.
- 8. April 2014: Gnauck wird die ihm gewährten Beihilfen für medizinische Behandlungen nicht zurückzahlen. Das Ermittlungsverfahren wird eingestellt, da sich kein hinreichender Tatverdacht ergab.
- 9. April 2014: Gnauck beschäftigt eine Chefsekretärin, für die er im vergangenen Herbst einen Arbeitnehmerüberlassungsvertrag angeblich mit Eon abgeschlossen hat.
- 18. April 2014: Weil Gnauck seine frühere Sekretärin von Eon Thüringen in die Regierungszentrale mitgenommen hat, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft Erfurt gegen ihn.
- 14. Mai 2014: Als einziger aktiver Politiker sitzt Gnauck im Beirat der Deutschen Bank.
- **22.Juni 2014**: Gnauck wirbt in Briefen seiner Anwaltskanzlei mit seinem Amt. Öffentliche Empörung.
- **26. Juni 2014:** Die Firma von Gnaucks früherem Arbeitgeber wird wegen Untreue-Vorwürfen durchsucht. Bei einer Razzia des LKA in Erfurt sollten Beweismittel sichergestellt werden. Rücktrittsforderungen werden laut.

Matthias Thüsing / 02.07.14 / TA